

situation in der DDR - die sie als Folge ihrer Übersiedlungsaktivitäten deuteten - sowie über angebliche Mißstände im Strafvollzug in der DDR berichtet und tendenziös bzw. teilweise völlig wahrheitswidrig die Lebensumstände in der DDR dargestellt wurden. Diese Personen strebten eine Publizierung dieser Angaben und ihres "Falles" an, nahmen die Schädigung des Ansehens der DDR bewußt in Kauf, kalkulierten ihre Inhaftierung ein und hatten sich innerlich von der sozialistischen Gesellschaft losgesagt, was Rückgewinnungsversuche von vornherein aussichtslos machte.

In einigen Fällen wurden auch Besuchsreisen von DDR-Bürgern ins westliche Ausland zur Übermittlung von Informationen ausgenutzt.

Bei den Kontaktaufnahmen zum Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" (BMB) strebten die betreffenden Beschuldigten ihre "Registrierung" als übersiedlungersuchende Person bei dieser Einrichtung an in der Erwartung, daß diese Einfluß auf das Genehmigungsverfahren der DDR-Organe nimmt. Dabei handelten diese Personen unter dem Eindruck der von den westlichen Massenmedien propagierten - und von ihren Kontaktpartnern bestätigten - angeblichen Zuständigkeit des BMB für Übersiedlungsangelegenheiten von DDR-Bürgern. In diesem Zusammenhang einzuordnen sind auch die Kontakte zu dem Rechtsanwaltbüro [REDACTED] in Westberlin; bei etwa der Hälfte dieses Personenkreises waren nach erfolgter Verbindungsaufnahme zum BMB seitens ihrer Verwandten/Bekannteten in der BRD diese "zuständigkeitshalber" an das Büro in Westberlin weitervermittelt worden.

Die Einbeziehung westlicher Politiker erfolgte seitens der Beschuldigten in der Erwartung, daß im Rahmen der offiziellen Kontakte dieser Personen zur Partei- und Staatsführung der DDR Einfluß auf ihre Übersiedlung genommen werden kann.